

Die Sieger von Brüssel

Was bedeutet die Rechtsstaatsklausel

Eine Schnellanalyse von Gerd Eisenbeiß

Die Sieger der Brüsseler Nacht vom 22.7.2020 sind ohne Zweifel **Merkel, Macron, Michel und von der Leyen**. Sie haben das Gesamtpaket von 750 Mrd. durchgesetzt und nur eine Verschiebung von 110 Mrd. von den Zuschüssen zu den Darlehen hinnehmen müssen.

Die Beschlüsse zum **7jährigen Haushaltbudget** sind ebenfalls beachtlich; der Rahmen bleibt auf dem Niveau der Periode 2014-21, obwohl Großbritannien ausgeschieden ist.

Obwohl keiner der 4 genannten Sieger ein Sozialdemokrat ist, wäre das Ergebnis ohne das **europapolitische Drängen insbesondere der deutschen SPD** in der Koalition nicht denkbar gewesen. Nur so konnte sich die kluge Kanzlerin auf die Seite Macrons stellen und gegen die ihre eigene Partei, die sicher lieber an der Seite der „geizigen 5“ geblieben wären.

Bei der wichtigen Rechtsstaatsklausel dürfte sich Orban zu früh gefreut haben, denn er könnte Kürzungen der Zahlungen an Ungarn nur verhindern, wenn er entweder 12 weitere Mitgliedstaaten auf seine Seite zieht oder Staaten mit einem Bevölkerungsgewicht von mehr als zusammen 35%.

Was bedeutet die beschlossene **Rechtsstaatsklausel** konkret?

Wenn mindestens 15 Staaten, die 65% der EU-Bevölkerung ausmachen, die Rechtsstaatlichkeit verletzt sehen, können Zahlungen an das betreffende Land gekürzt oder ausgesetzt werden. Das bedeutet:

- Die 6 Gründerstaaten plus Spanien und Portugal sollten das Rechtsstaatsprinzip hoch halten; sie repräsentieren zusammen 66,5% der

EU-Bevölkerung, müssen aber 7 weitere Staaten auf ihre Seite ziehen - das sollte möglich sein!

- Das sollte bei den 3 Skandinavien sowie Irland gelingen, die weitere 5,92% besteuern
- Die Visegrad-Staaten Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei bringen zusammen nur 14,24%, müssten also weitere 9 Staaten oder 21% auf ihre Seite ziehen, um Zahlungskürzungen zu blockieren.

Hier sind die weiteren 11 EU-Staaten mit ihrem Bevölkerungsgewicht aufgelistet

4,34	Rumänien
2,4	Griechenland
1,98	Österreich
1,56	Bulgarien
0,91	Kroatien
0,62	Litauen
0,47	Slowenien
0,43	Lettland
0,3	Estland
0,2	Zypern
0,11	Malta

Man kann also davon ausgehen, dass bei entschiedenem Eintreten für die Demokratie- und Rechtsstaatswert der EU durch jene Mitglieder, die das für unverzichtbar halten, Kürzungen möglich gemacht worden sind.

Andererseits wird das **EU-Parlament** Forderungen stellen, über die der Rat erneut zu beraten haben wird. Diese erneute Ratsbefassung dürfte Ungarn und Polen Gelegenheit geben, die Rechtsstaatsklausel anzugreifen und das mit Vetodrohungen zu verbinden.

Es bleibt also offen, ob die EU ein Instrument erhält, ihre Werte gegenüber autoritären Regierungen durchzusetzen.